

# **PROTOKOLL DER VORSTANDSSITZUNG 14. JUNI 2013**



## 1. Einleitung

Die Sitzung des Vorstands der ETF findet am 14. November 2013 in Turin statt, den Vorsitz führt Jan TRUSZCZYŃSKI, Generaldirektor der GD EAC der Europäischen Kommission.

Folgende neue Vorstandsmitglieder werden willkommen geheißen: Gabriele ALTANA (Italien), Saulius ZYBARTAS (Mitglied) und Aleksandra SOKOLOVA (stellvertretendes Mitglied) (Litauen) sowie Henrik SAXTORPH (stellvertretendes Mitglied) (Dänemark). Von der Europäischen Kommission sind anwesend: Gerhard SCHUMANN-HITZLER (Direktor, GD ELARG), Nicholas TAYLOR (Bereichsleiter, GD DEVCO), Donatella GOBBI (GD DEVCO), Dana BACHMAN (Referatsleiterin, GD EAC) und Isabelle MAZINGANT (GD EAC). Die Personalvertretung der ETF wird von Mara ARNO vertreten.

Estland, Griechenland, Lettland, Malta und Rumänien sowie die Beobachter aus Aserbaidschan und Jordanien nehmen nicht an der Sitzung teil. Die vom Europäischen Parlament benannten unabhängigen Sachverständigen Sara PARKIN und Jean-François MEZIÈRES nehmen ebenfalls nicht an der Sitzung teil.

## 2. Annahme der Tagesordnung

Die Tagesordnung wird vom Vorstand ohne Änderungen angenommen.

## 3. Follow-up zur letzten Sitzung

### i. Protokoll der letzten Sitzung

Das Protokoll der letzten Sitzung vom 22. November 2012 wird genehmigt.

### ii. Follow-up zu Aktionspunkten und schriftlichen Verfahren

**Xavier MATHEU** (ETF) stellt die Maßnahmen vor, die als Follow-up zu der Sitzung im November 2012 durchgeführt wurden:

- Der Haushaltsplan der ETF wurde durch den Gesamthaushaltsplan der EU für 2013 nicht geändert, daher wurde kein schriftliches Verfahren eingeleitet. Der Berichtigungshaushaltsplan 2013 einschließlich der für das Projekt GEMM überwiesenen Mittel wurde in die Tagesordnung der heutigen Sitzung aufgenommen.
- Ein schriftliches Verfahren zum geänderten Arbeitsprogramm der ETF für 2013, das vom 5.2.2013 bis zum 15.2.2013 durchgeführt wurde, wurde erfolgreich abgeschlossen.

## 4. Jahresbericht 2012 sowie Analyse und Bewertung

**Madlen SERBAN** und **Xavier MATHEU** stellen den Jahresbericht 2012 vor.

Der Jahresbericht ist wesentlicher Bestandteil des ergebnisorientierten Managements; die Gliederung des Berichts wird vom Generalsekretariat der Kommission festgelegt. Der Bericht ist in fünf Teile gegliedert: i) I: Durchführung des Jahresarbeitsprogramms, ii) II: Governance, Managementüberwachung, Kontrolle und interne Kontrollstandards, iii) III: Bausteine für die Zuverlässigkeitserklärung, iv) IV: Zuverlässigkeitserklärung und Anhänge.

Das „Spotlights“-Dokument, das vor der Sitzung in dem nur für den Vorstand zugänglichen Bereich der ETF-Website zur Verfügung gestellt wurde, enthält ergänzend zum Jahresbericht zusätzliche Angaben über operative Tätigkeiten.

Die Bewertung der Ergebnisse der ETF im Jahr 2012 lässt gute Fortschritte bei der Verwirklichung der Ziele für den Vierjahreszeitraum (2010-2013) erkennen. Die vorgegebenen Leistungen für 2012

wurden erreicht; nach der ersten Runde im Jahr 2010 war das Jahr 2012 geprägt von der zweiten Runde der Politikanalyse im Rahmen des Turin-Prozesses und durch verstärkte Anstrengungen zur Unterstützung des Kapazitätsaufbaus auf dem Gebiet der faktengestützten Politikgestaltung. Sowohl die thematischen als auch die regionalen mehrjährigen Projekte verzeichneten gute Fortschritte, und auch die Tätigkeiten auf Länderebene trugen zur Umsetzung der Programmplanung der Kommission bei.

Beim Turin-Prozess handelt es sich um eine ganzheitlich angelegte, faktengestützte Analyse der Berufsbildungspolitik, die 2012 in 25 Partnerländern durchgeführt wurde. In den fünf Kandidatenländern wurde diese Politikanalyse in die Zwischenberichterstattung im Rahmen des Brügge-Prozesses aufgenommen. Von den 25 Ländern führten 15 Länder den Prozess selbst durch, indem sie Selbstbewertungen mit aktiver Beteiligung der Interessenträger durchführten (sechs im Jahr 2010), während in den übrigen zehn Ländern die ETF die mit der Durchführung beauftragten nationalen Organisationen bei der Konsultation der Interessenträger unterstützte, um die Analyse durchzuführen. Auf der Grundlage der Ergebnisse der Länderberichte erstellte die ETF für jede der vier Regionen länderübergreifende Bewertungen und führte regionale Peer-Learning-Sitzungen durch, bei denen die vorläufigen Ergebnisse ausgetauscht und erörtert wurden. Ferner erarbeitete die ETF einen Entwurf für eine konzeptionelle Methodik für den Kapazitätsaufbau auf dem Gebiet der Gestaltung der Berufsbildungspolitik. Im Vorfeld ihrer für 2013 geplanten Erprobung im Rahmen der Tätigkeit der ETF wurde im Dezember eine Konsultation internationaler Experten zu der Methodik durchgeführt, an der sich auch die Kommission beteiligte. Die ETF stellte ein Handbuch zur Verwendung von Indikatoren in der Gestaltung der Berufsbildungspolitik fertig, das inzwischen in Französisch, Russisch und Arabisch vorliegt, eine interaktive Online-Version ist in Vorbereitung.

Die jährlichen Ziele im Hinblick auf die Entwicklung von themenbezogenem Fachwissen wurden 2012 erreicht. Auf folgenden Gebieten wurde Fachwissen aufgebaut: i) Qualifikationen und Qualität, ii) soziale Integration, iii) unternehmerisches Lernen und unternehmerische Fähigkeiten mit einer neuen Methodik zur Ermittlung von Beispielen für bewährte Verfahren (12 Beispiele für bewährte Verfahren in den Bereichen Jugendliche als Unternehmer, Frauen als Unternehmerinnen und Kompetenzen mit Blick auf das Wachstum und die Internationalisierung von KMU wurden ermittelt, im Rahmen von Peer-Reviews analysiert und auf der Unternehmenskonferenz „Towards Excellence in Entrepreneurship and Enterprise Skills“ (Unternehmergeist und unternehmerische Fähigkeiten fördern) im November vorgestellt, iv) Beschäftigung und Beschäftigungsfähigkeit, v) Governance und lebenslanges Lernen (mit Bereitstellung der Inhalte für die Unternehmenskonferenz „Multilevel governance in education and training: challenges and opportunities“ (Ebenenübergreifende Politikgestaltung in der allgemeinen und beruflichen Bildung – Herausforderungen und Chancen) am 31. Mai und 1. Juni 2012 in Brüssel) und vi) Berufsbildung und nachhaltige Entwicklung.

In den westlichen Balkanländern und der Türkei arbeitete die ETF bei der Erstellung der Brügge-Berichte für die Kandidatenländer eng mit dem Cedefop zusammen und erarbeitete Länderpapiere und einen Regionalbericht. Die Veröffentlichung erfolgte Ende 2012 durch das Cedefop. Die ETF nahm das Projekt FRAME auf, mit dem umfassende Strategien zur Entwicklung der Humanressourcen in den sieben Ländern der Region entwickelt werden sollen.

Im südlichen und östlichen Mittelmeerraum herrscht zwei Jahre nach dem Arabischen Frühling in vielen Ländern noch große Unsicherheit, daher muss sich die ETF flexibel verhalten und in der Lage sein, rasch zu reagieren. Im Mittelpunkt steht dabei die Beschäftigungsfähigkeit der Jugendlichen mit dem Schwerpunkt berufliche Bildung. Die Förderung der Kompetenzentwicklung im Hinblick auf Kleinunternehmen, kleine und mittlere Unternehmen ist auf der politischen Agenda ebenfalls weiter nach oben gerückt, womit dem Stellenwert dieser Unternehmen bei der Schaffung von Arbeitsplätzen Rechnung getragen wird.

In den Ländern der östlichen Partnerschaft unterstützte die ETF die Europäische Kommission insbesondere in Aserbaidschan, Georgien, der Republik Moldau und der Ukraine. Gemeinsam mit der GD EAC richtete die ETF im Rahmen von Plattform 4, „Direkte Kontakte zwischen Menschen“, der östlichen Partnerschaft am 4. und 5. Dezember in Brüssel eine Regionalkonferenz zum Turin-Prozess aus, die unmittelbar im Anschluss an die Sitzung der östlichen Partnerschaft zur Plattform 4 stattfand. Die Partnerländer und mehrere EU-Mitgliedstaaten unterstützten die Analyse der Berufsbildung in den Ländern sowie der Fortschritte bei der Konzeption der Berufsbildungspolitik, bei den Rechtsvorschriften, beim Engagement der Beteiligten und bei den nationalen Qualifikationsrahmen.

Für Zentralasien lieferte die ETF-Studie über den Übergang von der Schule ins Erwerbsleben ein umfassendes Bild, das die mühselige Realität verdeutlicht, mit der sich die Schulabgänger auseinandersetzen müssen.

Der Jahresbericht enthält eine ausführliche Beschreibung der im Jahr 2012 erzielten Leistungen; den Anhängen sind Angaben über die Ausgaben nach Thema, Region und Land zu entnehmen. In den Tabellen zum tätigkeitsbasierten Haushalt ist die Mittelverwendung nach den drei Dimensionen der ETF-Planungspolitik (geografisch, funktions- und themenbezogen) aufgeschlüsselt. Zudem sind im Bericht genaue Angaben zu den spezifischen Anfragen der Europäischen Kommission mit der jeweiligen Antwort der ETF aufgeführt, und zwar sowohl zu den bereits im Arbeitsprogramm enthaltenen Anfragen als auch zu den Anfragen, die nach der Annahme des Arbeitsprogramms eingingen.

Aus quantitativer Sicht wurden 2012 insgesamt 161 organisationsinterne Leistungen erbracht (2011: 150), etwas mehr als die Zielvorgabe von 157. Von den 157 ursprünglich geplanten Leistungen wurden vier in das Jahr 2013 übertragen. Insgesamt steht die Zahl der erbrachten Leistungen im Einklang mit dem endgültigen Haushaltsplan der ETF und belegt das Erreichen der im Arbeitsprogramm vorgegebenen Ziele. Der Jahresbericht 2012 verzeichnet eine Zunahme der Zahl der Leistungen im Bereich der politischen Analysen (30 erbrachte Leistungen gegenüber 27 geplanten; 2011: 22 erbracht), im Bereich der Unterstützung der Europäischen Kommission (35 erbracht, 31 geplant; 2011: 31 erbracht) und im Bereich Informationsverbreitung und Vernetzung (27 erbracht, 25 geplant; 2011: 25 erbracht), hingegen fünf Leistungen weniger im Bereich Aufbau von Kapazitäten (69 erbracht, 74 geplant; 2011: 72 erbracht). Die Veränderungen sind – wie bei der 2012 durchgeführten externen Evaluierung festgestellt – durch einen Anstieg der Zahl der Anfragen der Kommissionsdienststellen zu erklären (und spiegeln die Vielzahl der unterschiedlichen Generaldirektionen wider, die Anfragen an die ETF richten), außerdem durch den 2012 (gegenüber 2011) zu verzeichnenden Anstieg der Zahl der politischen Analysen in Rahmen des Turin-Prozesses und durch die zentrale Rolle der ETF bei der Humankapitalentwicklung (politische Analysen, Informationsverbreitung und Vernetzung).

Die Zusammenarbeit mit den Interessenträgern bildete auch 2012 weiterhin einen Schwerpunkt der Tätigkeit der ETF. Der von der ETF verfolgte Ansatz wurde in einem Aktionsrahmen für die Zusammenarbeit mit Interessenträgern (Stakeholder Framework for Action) definiert, der im September angenommen wurde und in dem erläutert wird, weshalb es wichtig ist, in diese Zusammenarbeit zu investieren und wie die ETF ihre organisatorische Kapazität ausbaut, um die Zusammenarbeit mit den Interessenträgern sowohl auf EU-Ebene als auch auf internationaler Ebene effektiv zu gestalten. Die Interessenträger aus den Partnerländern wurden in den Aktionsrahmen nicht einbezogen, auf die Zusammenarbeit mit diesen Interessenträgern wird jedoch im Länderinformationsplan und in den thematischen Projekten eingegangen.

Die ETF befasste sich 2012 mit einer Reihe von Kommunikationsaktivitäten, von Veranstaltungen und Besuchen bis hin zu Veröffentlichungen und der Produktion von Inhalten. Diese Aktivitäten dienen der Unterstützung der Tätigkeit der ETF insgesamt und insbesondere ihrer operativen Tätigkeiten.

In Teil II des Jahresberichts werden die wichtigsten Entwicklungen in den Bereichen Managementüberwachung und Kontrolle der Tätigkeit der ETF vorgestellt. Der im Juli 2012 verabschiedete Rahmen für das ergebnisorientierte Management (Performance-based Management Framework) der ETF steht am Ende des Abschnitts über Erfolge und Kosteneffizienz. Die meisten Elemente des Rahmens dienen dazu, die Prozesse zu verbessern, um bessere Ergebnisse zu erzielen. 2012 nahm die ETF Verbesserungen an ihrem System zur vierteljährlichen Berichterstattung vor und auch die operationelle Planung wurde deutlich verbessert, um die Qualität der Projekteinhalte sicherzustellen und die Aktivitäten besser zu koordinieren. Darüber hinaus wurden 2012 sämtliche Projekte einer eingehenden Überwachung unterzogen, um anhand der DAC-Kriterien Bereiche mit Verbesserungspotenzial zu ermitteln. In dem im März 2013 erstmals vorgelegten jährlichen Leistungsbericht (Annual Performance Report) wird unter anderem auf die Verfügbarkeit von Qualitätssicherungsinstrumenten und deren Anwendung eingegangen.

In Teil II wird auch die Mittelverwaltung dargestellt. Für die 20 144 530 EUR, die als Verpflichtungsermächtigungen für 2012 verfügbar waren, erreichte die ETF eine Mittelbindungsrate für Zuschussmittel von 99,91 % (Titel 1, 2 und 3 insgesamt), eine Auszahlungsquote für Zuschussmittel von 85,9 % (für administrative und operative Tätigkeiten) und eine Ausführung der Zahlungsermächtigungen in Titel 3 in Höhe von 99,92 % (bei einer Gesamtverwendung von 95,39 % der insgesamt für Zahlungen zur Verfügung stehenden Mittel, die 2013 mit der Zahlung für übertragene Tätigkeiten noch steigen wird).

Teil III des Berichts beschreibt die Bausteine der von der Direktorin abgegebenen Zuverlässigkeitserklärung (Bewertung durch das Management, Ergebnisse von Audits, Überwachung und Evaluierung und Nachverfolgung von Vorbehalten und Aktionsplänen für Audits aus den Vorjahren). In diesem Abschnitt sind auch die eingesetzten Kontrollverfahren beschrieben, die die notwendige Sicherheit bezüglich der Rechtmäßigkeit und Ordnungsmäßigkeit der zugrunde liegenden Vorgänge bieten.

Teil IV ist die von der Direktorin abgegebene Zuverlässigkeitserklärung. Die in dem Bericht bereitgestellten Informationen bieten der Direktorin angemessene Gewähr dafür, dass die der ETF im Jahr 2012 zugewiesenen Mittel zweckgemäß und im Einklang mit den Grundsätzen wirtschaftlicher Haushaltsführung verwendet wurden und dass die eingesetzten Kontrollverfahren die notwendige Sicherheit bezüglich der Rechtmäßigkeit und Ordnungsmäßigkeit der zugrunde liegenden Vorgänge bieten.

**Torben Kornbech RASMUSSEN** (Dänemark) stellt fest, dass das zur Annahme vorgelegte Dokument die in der Sitzung der Arbeitsgruppe des Vorstands im April 2013 geführte Diskussion genau und eindeutig wiedergebe.

**Ann Mary REDMOND** (Irland) stellt im Namen der Mitglieder des Vorstands den **Jahresbericht 2012 – Analyse und Bewertung** vor; darin wird i) begrüßt, dass die Ziele der ETF für 2012 erreicht wurden, ii) gewürdigt, dass das vorgelegte Dokument den qualitativen Aspekt der Tätigkeit der ETF in den Partnerländern veranschaulicht, iii) der Erfolg der zweiten Runde des Turin-Prozesses und der Wert strukturierter Nachweise als Orientierung für den Politikzyklus bestätigt, iv) die themenbezogene Entwicklungsarbeit hervorgehoben, insbesondere die erfolgreichen Aktivitäten auf dem Gebiet der Förderung von Unternehmergeist und unternehmerischen Fähigkeiten, die mit einer Konferenz im November 2012 abgeschlossen wurden, v) die Arbeit der ETF zu Führungsstrukturen (Governance) auf mehreren Ebenen im Bereich der beruflichen Bildung gewürdigt, vi) zu den externen Evaluierungen und der dabei festgestellten insgesamt positiven Bewertung der Effektivität der Tätigkeit der ETF Stellung genommen, vii) die Ausführung der Tätigkeiten innerhalb des vom Vorstand vorgegebenen Ressourcenrahmens begrüßt (die ETF erreichte 2012 eine Mittelbindungsrate von 99,91 % und eine Auszahlungsquote ihrer Haushaltsmittel in Titel 3 in Höhe von 99,92 %).

Die in dem Bericht bereitgestellten Informationen bieten dem Vorstand angemessene Gewähr dafür, dass die der ETF im Jahr 2012 zugewiesenen Mittel zweckgemäß und im Einklang mit den Grundsätzen wirtschaftlicher Haushaltsführung verwendet wurden und dass die eingesetzten Kontrollverfahren die notwendige Sicherheit bezüglich der Rechtmäßigkeit und Ordnungsmäßigkeit der zugrunde liegenden Vorgänge bieten.

Unter Berücksichtigung der obigen Analyse und Bewertung **nimmt der Vorstand den ETF-Jahresbericht 2012 und den Jahresbericht 2012 – Analyse und Bewertung** an, die dem Europäischen Parlament, dem Europäischen Rat, der Europäischen Kommission, dem Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss und dem Rechnungshof vorgelegt werden.

## 5. Jahresabschluss 2012 der ETF

**Martine SMIT**(ETF), die vom Vorstand 2000 zur Rechnungsführerin, die für die Berichterstattung über die Jahresabschlüsse zuständig ist, ernannt wurde, stellt den Jahresabschluss 2012 vor.

Der Jahresabschluss wird nach Maßgabe von Titel VII der Finanzregelung erstellt und vorgelegt. Es gelten dieselben Standards wie für die Europäische Kommission und alle übrigen Einrichtungen der EU. Die Konten wurden vom Rechnungshof geprüft, die vorläufigen Bemerkungen, die vom Hof am 7. Mai 2013 angenommen worden waren, wurden der ETF übermittelt und liegen den Vorstandsmitgliedern in Kopie vor.

Aus der Zuverlässigkeitserklärung geht hervor, dass der Jahresabschluss die Finanzlage der ETF zum 31. Dezember 2012 in allen wesentlichen Aspekten angemessen darstellt und dass die Ergebnisse ihrer Tätigkeiten und Kapitalflüsse für das Jahr den Bestimmungen der Finanzregelung entsprechen. Die Stellungnahme des Rechnungshofs bildet die Grundlage für die Entlastung durch das Europäische Parlament. Die Entlastung für das Haushaltsjahr 2011 erhielt die ETF am 17. April 2013.

Die angewandten Grundsätze sind: für die Finanzbuchführung die periodengerechte Buchführung, die von der ETF seit 2005 angewandt wird; bei der Ausführung des Haushaltsplans wendet die ETF die kassenbasierte Buchführung an. Diese Grundsätze werden nicht nach eigenem Ermessen gewählt, sondern sind von der Europäischen Kommission vorgegeben. Die periodengerechte Buchführung basiert auf erfolgten und erfassten Transaktionen und anderen Ereignissen (und nicht nur bei Vereinnahmung oder Zahlung von Bargeld oder äquivalenten Werten). Die kassenbasierte Buchführung beruht auf Geldströmen, was bedeutet, dass Transaktionen erfasst werden, wenn Geld vereinnahmt oder gezahlt wird.

Im Jahresabschluss 2012 werden die folgenden Fachbegriffe verwendet:

- *Wirtschaftliches Ergebnis*: Die Tatsache, dass das wirtschaftliche Ergebnis einen Verlust ausweist, ist nur ein Ergebnis auf dem Papier, das alle möglichen anstehenden Ereignisse umfasst und nicht den an die Europäische Kommission zurückzuzahlenden Betrag darstellt. Das wirtschaftliche Ergebnis fließt als kumuliertes Nettovermögen in die Vermögensübersicht des Folgejahres ein.
- *Übersicht über die Veränderung des Nettovermögens*: Bei der ETF ist die einzige Nettovermögensänderung das wirtschaftliche Ergebnis. Dieses Ergebnis führt zu einer Veränderung des Nettovermögens in der Vermögensübersicht.
- *Vermögensübersicht*: Gegenüber 2011 bestehen keine nennenswerten Unterschiede. In der Gesamtsumme weist die Übersicht einen geringfügigen Rückgang aus. Dies ist hauptsächlich auf den Rückgang bei den Zahlungsmitteläquivalenten zurückzuführen.



- **Kapitalfluss:** Die ETF hat ihre Finanzen weiterhin sehr genau kontrolliert, was zu einem hohen Prozentsatz an Zahlungen und einer fortlaufenden Abnahme des Kassenmittelbestands geführt hat. Das Bankkonto für das MEDA-ETE-Übereinkommen wurde geschlossen. Das MEDA-ETE-Übereinkommen lief zwar formell bereits 2011 aus, der Kontenabschluss und die Rückerstattung der verbleibenden Mittel erfolgten allerdings erst Anfang Januar 2012.

Der Haushaltsplan der ETF besteht aus Verpflichtungs- und Zahlungsermächtigungen. Bei den Verpflichtungen handelt es sich um rechtliche Haushaltsverpflichtungen. Die zweckgebundenen Mittel bestehen aus: i) der Wiederverwendung von Mitteln für die Titel 1,2 und 3 durch Wiedereinzahlung von Ausgaben, ii) dem italienischen Treuhandfonds (italienisches Außenministerium). Für den ETF-Zuschuss beträgt die Höhe der Mittelbindung 99,80 % und fällt damit geringfügig höher aus als 2011. Zum Vergleich: Die Höhe der Mittelbindung bei allen Agenturen liegt bei 95 %. Die Höhe der Mittelbindung für zweckgebundene Mittel wird – ebenso wie für den ETF-Zuschuss – je Kalenderjahr berechnet, zweckgebundene Mittel sind jedoch mehrjähriger Natur, infolgedessen ist die Höhe der Mittelbindung kein Indikator für die Effizienz.

Das Haushaltsergebnis basiert auf den Einnahmen und der Ausführung der Zahlungsermächtigungen.

Tatsächliche Einnahmen	20 173 484,56 EUR
Tatsächliche Ausgaben	20 613 480,23 EUR
Ergebnis vor Berichtigungen	439 995,67 EUR
Berichtigungen	565 364,33 EUR
Endgültiges Ergebnis	125 368,66 EUR

Die Berichtigungen stellen die von 2011 auf 2012 übertragenen Zahlungsermächtigungen für zweckgebundene Mittel, den Verfall von aus 2011 übertragenen Zahlungsermächtigungen und Wechselkursdifferenzen dar. Das endgültige Ergebnis stellt den der Europäischen Kommission zu erstattenden Betrag dar und betrifft den ETF-Zuschuss. Die zur Verfügung stehenden Ermächtigungen wurden zu 94,85 % ausgezahlt.

2012 führte die ETF 2382 Zahlungen aus; die individuellen Gehaltszahlungen sind hierin nicht enthalten. Gemäß der Finanzregelung müssen die Zinsgewinne für den ETF-Zuschuss an die Europäische Kommission zurückgezahlt werden. Bei allen übrigen zweckgebundenen Mitteln hängt dies vom jeweiligen Übereinkommen ab. 2012 erzielte die ETF Zinsgewinne in Höhe von 59 384,14 EUR, hiervon entfielen 48 277,59 EUR auf den ETF-Zuschuss, 2 805,14 EUR auf das italienische Außenministerium und 8 301,41 EUR auf das MEDA-ETE-Übereinkommen. 2013 werden lediglich 1 081,20 EUR (italienisches Außenministerium) verwendet.

**Alastair MACPHAIL** (ETF) stellt die vorläufigen Bemerkungen des Rechnungshofs vor, die am 7. Mai 2013 angenommen wurden. Der Zuverlässigkeitserklärung ist zu entnehmen, dass die dem Jahresabschluss der ETF für das zum 31. Dezember 2012 abgeschlossene Haushaltsjahr zugrunde liegenden Vorgänge in allen wesentlichen Punkten rechtmäßig und ordnungsgemäß sind. Die einzige Bemerkung des Hofes betrifft die Mittelbindungen für Titel II, Verwaltungsausgaben, die auf 2013 übertragen wurden. Die ETF hat hierzu eine Erläuterung übermittelt, die vom Rechnungshof akzeptiert wurde.

**Reinhard NÖBAUER** (Österreich), der sich anerkennend zu dem Vortrag und zu der positiven Stellungnahme des Vorstands äußert, bittet um eine Aufschlüsselung der Ausgaben nach Region.

Die Zahlen hierzu sind im Arbeitsprogramm 2012 enthalten; der Haushaltsvollzug einschließlich der Mittelzuweisungen nach Region ist in den Anhängen zum Jahresbericht 2012 dargestellt.

**Der Vorstand nimmt den Jahresabschluss 2012 der ETF an.**

## 6. Berichtigungshaushaltsplan 2013

**Alastair MACPHAIL** (ETF) stellt den Berichtigungshaushaltsplan für 2013 vor. Er weist darauf hin, dass Grund für die Änderungen die Aufnahme bestehender und neu zugeordneter Einnahmen sei, die üblicherweise zum Zeitpunkt der Annahme des Haushaltsplans (im November/Dezember 2012 für den Haushaltsplan 2013) noch nicht feststünden, und außerdem die Anpassung des Zuschusses an den tatsächlich von der GD EAC zur Verfügung gestellten Betrag.

Der ursprünglich für 2013 bereitgestellte Zuschuss betrug 20 144 500 EUR. Bei der Verringerung des Zuschusses, den die ETF von der Kommission erhält, um 1 000 EUR handelt es sich um eine rundungsbedingte technische Anpassung. Der Berichtigungshaushaltsplan wird sich auf 20 143 500 EUR belaufen.

Der Berichtigungshaushaltsplan umfasst außerdem 52 070,17 EUR aus den Vorjahren, die der ETF vom italienischen Außenministerium zur Verfügung gestellt werden. Die im Jahr 2012 aufgelaufenen Zinsen in Höhe von 1 081,20 EUR wurden mit Zustimmung des Ministeriums als neue Mittel berücksichtigt.

Ferner enthält der Berichtigungshaushaltsplan 594 721,60 EUR, die von der Kommission (GD DEVCO) als erste Abschlagszahlung für die Finanzierung des Projekts GEMM (Governance für Beschäftigungsfähigkeit im Mittelmeerraum) gezahlt wurden, sowie 1 249 800 EUR, die von der Kommission (GD ELARG) als erste Abschlagszahlung für das Projekt FRAME (Frame: Qualifikationen für die Zukunft) bereitgestellt wurden.

Die 2013 durchgeführten Tätigkeiten stehen damit im Einklang mit dem vom Vorstand im November 2012 angenommenen und anschließend am 15. Februar 2013 im schriftlichen Verfahren geänderten Arbeitsprogramm. Die erforderlichen 1 000 EUR für die technische Anpassung werden aus operativen Missionen freigegeben.

Die 2013 vorgenommenen Mittelübertragungen beinhalten folgende Beträge: i) Aufstockung der Unterstützung für Praktika und Aushilfskräfte (65 000 EUR), Aktivitäten im Bereich Weiterbildung und Personalentwicklung (23 000 EUR) sowie soziale und medizinische Unterstützung (16 000 EUR) unter Titel 1; ii) Übertragung von speziell für das „Policy Leaders' Forum“ (im Oktober 2013 in Marseille), einer Regionalveranstaltung, bereitgestellten Mitteln aus den Mitteln für Unternehmensveranstaltungen (60 000 EUR unter Titel 3); iii) wie vom Vorstand am 5. Februar 2013 gebilligt, wurden unter Titel 3 54 642 EUR von operativen Missionen vorbereitenden Tätigkeiten für das Projekt FRAME zugewiesen; iv) Mittel für die Fertigstellung des Intranet-Projekts (57 000 EUR aus Titel 1 an Titel 2); v) Übertragung von Mitteln aus spezifischen länderbezogenen Haushaltslinien für zusätzliche Teilnehmer der Konferenz zum Turin-Prozess am 8. und 9. Mai (14 000 EUR unter Titel 3).

**Der Vorstand nimmt den Berichtigungshaushaltsplan 2013 der ETF an.**

## 7. Entwurf der Mittelfristigen Perspektive 2014-2017

**Madlen SERBAN** (ETF) stellt die Mittelfristige Perspektive 2014-2017 vor. Eine frühere Entwurfsfassung war am 23. und 24. April in Brüssel mit der Arbeitsgruppe des Vorstands und am 24. April mit der Europäischen Kommission erörtert worden. Die dabei formulierten Empfehlungen wurden in den zur Diskussion vorliegenden Text eingearbeitet.



Folgende Aspekte werden hervorgehoben:

- *Die strategische Vision der ETF* sieht vor, die berufliche Bildung in den Partnerländern zur Triebkraft für lebenslanges Lernen und eine nachhaltige Entwicklung zu machen; der besondere Schwerpunkt soll dabei zum einen auf Wettbewerbsfähigkeit und zum anderen auf dem sozialen Zusammenhalt liegen. Um dieses Ziel bis 2020 zu verwirklichen, wird die ETF ihre Rolle als anerkanntes Zentrum für politische Expertise im Bereich Humankapitalentwicklung stärken, um ihre vier strategischen Ziele zu erreichen.
- Die vier vorgeschlagenen *strategischen Ziele der ETF*:  
*Ziel 1 – Faktengestützte Politikgestaltung*: Unterstützung der Partnerländer beim Aufbau von intellektuellen Fähigkeiten und Kapazitäten in allen Phasen des berufsbildungspolitischen Zyklus mit Blick auf die Herbeiführung von Innovation und einer nachhaltigen Entwicklung  
*Ziel 2–Unterstützung der EU-Politik*: Unterstützung der externen Dimension der politischen Maßnahmen der EU auf dem Gebiet der Humankapitalentwicklung  
*Ziel 3– Partnerschaft und Kommunikation*: Stärkung der Kooperation und Kommunikation mit wichtigen Akteuren, die bei der Entwicklung des Humankapitals eine aktive Rolle übernehmen  
*Ziel 4–Weiterentwicklung der Organisation* im Sinne einer zuverlässigen und effizienten EU-Organisation durch Maximierung der Ergebnisse und Verbesserung der Effizienz
- *Kontext der Partnerländer der ETF*. Seit 2010 führt die ETF den zweijährigen Turin-Prozess durch, der dazu dient, die politischen Erfordernisse der Partnerländer zu bestimmen. Zwar liefert der Turin-Prozess Belege dafür, dass die Partnerländer deutliche Fortschritte bei der Reform der Berufsbildung erzielt haben, doch wurden bei der Runde 2012/2013 von den Partnerländern politische Prioritäten vorgetragen, die die Grundlage für die Maßnahmen der ETF im Rahmen der Mittelfristigen Perspektive 2014-2017 bilden werden.
- *EU-politischer Kontext*. Die Zusammenarbeit der ETF mit ihren Partnerländern wird maßgeblich durch die außenpolitischen Maßnahmen der EU und deren interne Konzepte für die Bereiche der allgemeinen und beruflichen Bildung und der Beschäftigung bestimmt. Die internen Konzepte der EU für den Bereich der allgemeinen und beruflichen Bildung sowie deren externe Dimension vermitteln den Partnerländern Anregungen für die Gestaltung der Zukunft ihrer Systeme der allgemeinen und beruflichen Bildung.
- *Thematische/politische Bedarfsanalyse*. Die übergreifenden politischen Ziele, die es im Zeitraum 2014-2020 aufzugreifen gilt, betreffen die Themen soziale Integration, Wettbewerbsfähigkeit und als Grundsatzthema die nachhaltige Entwicklung. Darüber hinaus wird den folgenden Politikfeldern für die Tätigkeit der ETF in den Partnerländern strategische Bedeutung beigemessen und daher soll in diesen Politikfeldern Expertise entwickelt werden: Qualifikationen und Qualifikationssysteme, Beschäftigung und Beschäftigungsfähigkeit, Verwaltungsstrukturen (Governance) in der allgemeinen und beruflichen Bildung, Qualität in der beruflichen Bildung, Unternehmergeist und unternehmerische Fähigkeiten, Lernen in unterschiedlichen Kontexten, Kompetenzen als Dimension von Migration und Mobilität sowie Innovation und berufliche Bildung.
- *Mehrfähriger Ansatz in den Partnerländern*. Es wird hervorgehoben, dass die Arbeit in den meisten Partnerländern während des von der Mittelfristigen Perspektive abgedeckten Zeitraums auf mehrere Jahre – in den meisten Fällen auf zwei Jahre – angelegt sein wird. Hierbei wird ein differenzierter Ansatz verfolgt, der auf den Prioritäten der EU und der Durchführungsphase beruht, in der sich das betreffende Land bei den thematischen Maßnahmen befindet.
- *Ressourcen, Governance und Management*. Auf der Ebene der Organisation wird der Kontext im Zeitraum 2014-2017 gekennzeichnet sein von (real) gleichbleibenden Finanzmitteln und einer Reduzierung der personellen Ausstattung. Gleichzeitig ist davon auszugehen, dass die

Erwartungen an die ETF in Bezug auf ihre Ergebnisse und die Einhaltung der Standards hinsichtlich Rechenschaftspflicht und Kontrolle wachsen werden. Für den Zeitraum 2014-2017 rechnet die ETF mit Haushaltsmitteln in Höhe von insgesamt 84,74 Mio. EUR aus dem EU-Haushalt. Bei der Personalausstattung wird für diesen Zeitraum von folgender Entwicklung ausgegangen: 2014:135 Mitarbeiter insgesamt, 2015: 134 Mitarbeiter insgesamt, 2016:133 Mitarbeiter insgesamt, 2017: 132 Mitarbeiter insgesamt.

**Gerhard SCHUMANN-HITZLER** (GD ELARG), der das von der ETF vorgestellte Dokument begrüßt, spricht sich für einen stärker strategisch ausgerichteten langfristigen Ansatz aus, dessen Schwerpunkt auf der von allen Beteiligten erhofften Wirkung der entwickelten Aktivitäten liegt. Der Abschnitt über die Erweiterungsländer steht seiner Auffassung nach im Einklang mit dem Ansatz der GD ELARG für die finanzielle und technische Hilfe. Die thematischen Schwerpunkte ebenso wie die Handlungsgrundsätze seien richtig gewählt. Was die fakten- oder wissensbasierte Bewertung anbelange, so befürworte die GD ELARG den Ansatz ohne Einschränkungen, doch müsse auf die Zuverlässigkeit der in den Ländern verfügbaren statistischen Daten und auf die Notwendigkeit zweckmäßiger Systeme für deren Erhebung geachtet werden. So handle es sich beispielsweise bei den Daten über die Arbeitslosigkeit größtenteils um Schätzungen, die teilweise überhaupt nicht zuverlässig seien. Im Abschnitt über die westlichen Balkanländer und die Türkei (Abschnitt 3.2) schlägt Herr SCHUMANN-HITZLER folgende Textänderungen vor: i) Aktualisierung der sozioökonomischen Analyse anhand der aktuellen Angaben der Weltbank in deren sozioökonomischem Ausblick, der eine Analyse der Länder der Region vermitteln und zeige, dass sich die Länder nach einem erneuten Konjunkturerinbruch auf dem Weg der Erholung befänden, wenngleich die Arbeitslosigkeit weiterhin hoch sei; ii) eindeutige Formulierung der Unterstützung, die den Ländern bei der Entwicklung und Umsetzung langfristiger Strategien gewährt werden solle, bei gleichzeitiger Begrüßung der Schwerpunktsetzung auf den Aufbau von Kapazitäten und die Nutzung des Turin-Prozesses zur Validierung der Zielvorgaben und zur Überwachung der Fortschritte; iii) ferner betont er, dass die Europäische Kommission und die ETF aufgrund ihres Wissens, dass die Wirkung vor Ort bedeute, dass mehr ausgebildete Menschen zur Verfügung stünden und mehr Menschen darauf vorbereitet seien, in den Arbeitsmarkt einzutreten oder eine selbständige Erwerbstätigkeit aufzunehmen, die Entwicklung der Länder des westlichen Balkan durch technische und finanzielle Hilfe unterstützen könnten, dass jedoch die Umsetzung dieser Hilfe allein in der Verantwortung der Länder liege, die dafür verantwortlich seien, dass diese Wirkung erzielt werde; iv) weitere Ausarbeitung der Schlüsselbotschaften für die Region.

**Ann Mary REDMOND** (Irland) unterrichtet als Vertreterin des Ratsvorsitzes den Vorstand kurz über die Ergebnisse der Diskussion in der informellen Sitzung. Sie hebt hervor, dass die Mitglieder des Vorstands wissen müssten, wie die Schwerpunkte festgelegt würden, wie sie mit den innenpolitischen Maßnahmen und Schwerpunkten auf EU-Ebene zusammenhingen und wie die einzelnen Länder und Regionen behandelt würden und auf die Unterstützung der ETF reagierten.

**Micheline SCHEYS** (Belgien) begrüßt den Entwurf des Dokuments, der einen breiten Ausblick auf die nächsten Jahre biete. Sie betont, dass die Schwerpunkte entsprechend der Erfordernisse der Partnerländer und der politischen Maßnahmen der EU festgelegt werden müssten. Die Spezifität der Maßnahmen der ETF müsse deutlich dargestellt werden, unter anderem auch, wie die Partnerländer dazu angeregt würden, ihre Berufsbildungspolitik zu entwickeln. Der Turin-Prozess könne dabei helfen zu zeigen, Maßnahmen welcher Art entsprechend der spezifischen Erfordernisse der Länder aufgelegt werden sollten, außerdem könne er als ein Forum für die Verbreitung der Instrumente dienen, die von den EU-Ländern in der beruflichen Bildung eingesetzt würden. Dem Turin-Prozess und der Verbreitung der EU-Instrumente müsse Priorität eingeräumt werden.

**Torben Kornbech RASMUSSEN** (Dänemark) dankt der ETF für die Berücksichtigung aller Vorschläge und Empfehlungen, die in der Arbeitsgruppensitzung des Vorstands am 23. und 24. April

in Brüssel abgegeben wurden. Er schließt sich den Kommentaren und Vorschlägen seiner Vorredner an und betont dabei, dass die politischen Maßnahmen der EU sehr viel deutlicher in den Blickpunkt gerückt werden sollten. Die von der ETF vorgeschlagene differenzierte Vorgehensweise sei ebenso wichtig wie der wirkungsvolle Einsatz der Ressourcen und die Zusammenarbeit mit anderen Gebern vor Ort. Fernerbittet er um mehr Informationen über die Grundsätze der Zusammenarbeit mit internationalen Gebern.

**Maurice MEZEL** (Frankreich) schlägt vor, bei der Zuweisung der Ressourcen eine Differenzierung nach der Beziehung der jeweiligen Region/des jeweiligen Partnerlandes zur EU vorzunehmen, beispielsweise Erweiterungsgebiete, und in der Nachbarschaftspolitik beispielsweise der Länder mit „status avancée“.

**Ingrid MÜLLER-ROOSEN** (Deutschland) schließt sich den vorgetragenen Bemerkungen, insbesondere zu den politischen Maßnahmen der EU, an. Die Zusammenarbeit mit anderen Gebern, die in den Partnerländern aktiv seien, sei wichtig, um Doppelung zu vermeiden und die Wirksamkeit der Maßnahmen sicherzustellen. Sie spricht sich für eine Beteiligung des privaten Sektors und der Sozialpartner an den Aktivitäten der ETF aus.

**Nicholas TAYLOR** (GD DEVCO), der sich ebenfalls den vorgetragenen Bemerkungen und Beobachtungen anschließt, hebt die Bedeutung der Wirkung von Berufsbildungsreformen im sozioökonomischen Kontext hervor. Für die GD DEVCO habe der Kapazitätsaufbau als ein wesentlicher Bestandteil der Tätigkeit der GD DEVCO einen hohen Stellenwert. Er spricht sich für die Festlegung quantifizierter Zielvorgaben aus, damit Fortschritte nicht nur anhand der unmittelbaren Ergebnisse der technischen Hilfe und der erbrachten Dienstleistungen gemessen und bewertet werden könnten, sondern auch hinsichtlich ihrer Wirkung auf den Arbeitsmarkt und die Lebensbedingungen.

**Stefania WILKIEL** (Polen) weist darauf hin, dass das neue Programm für die allgemeine und berufliche Bildung nicht erwähnt werde. Ferner betont sie, dass die Länder der östlichen Partnerschaft für Polen hohe Priorität hätten; sie vermisse in dem Text die Bezugnahme auf Aktivitäten im Rahmen der Plattformen 2 und 4.

**Jan ANDERSON** (vom Europäischen Parlament ernannter unabhängiger Sachverständiger) schließt sich den von der GD ELARG und der GD DEVCO vorgetragenen Äußerungen an; auch er betont, dass es wichtig sei, dass die Aktivitäten mit den politischen Maßnahmen der EU im Einklang stünden. Ferner sei wichtig, den mit den ausgegebenen Mitteln erzielten Mehrwert aufzuzeigen, die Ausgaben zu überwachen und geeignete Systeme hierfür zu unterhalten. Auch er bekundet Interesse an weiteren Informationen über die Zusammenarbeit der Geber.

**JAN TRUSZCZYŃSKI** (GD EAC), der die Präsentation der ETF begrüßt, regt an, dass der Text des Dokuments dieselbe Klarheit vermitteln solle. Ferner begrüßt er die von den Vorstandsmitgliedern vorgetragenen Bemerkungen und Empfehlungen, insbesondere zum Wirkungsaspekt. Der Vorschlag der ETF **füge sich** gut in die von der EU erarbeitete Strategie ein, doch könnte mehr auf die Erfolge und Misserfolge der Vergangenheit und auf die noch zu bewältigenden Aufgaben eingegangen werden, denn der Erfolg der Maßnahmen werde nicht anhand von Wirkungsindikatoren sondern anhand der Leistungen gemessen. Er empfehle, sich noch intensiver mit den Wirkungen zu befassen. Die Themenbereiche der Maßnahmen seien sehr gut gewählt, sie demonstrierten die Stärken der ETF. Die Ziele 1 und 2 zeigten, dass der ETF daran gelegen sei, ihre Arbeit bei der Aufstellung von Reformstrategien für die berufliche Bildung fortzuführen. Ziel 3, der Kooperation und Kommunikation mit den wichtigen Akteuren, müsse viel Aufmerksamkeit gewidmet werden. Was die auf dem Gebiet tätigen internationalen Organisationen anbelange, so müsse angestrebt werden, Überschneidungen zu vermeiden und Synergieeffekte mit der Tätigkeit der ETF sicherzustellen; bei den Akteuren aus den Partnerländern sei eine stärkere Fokussierung erforderlich, und bei den Mitgliedstaaten müsse die

ETF versuchen, die Erfahrung und das Fachwissen der einzelnen Länder auf dem Gebiet der beruflichen Bildung zu nutzen.

Die strategische Vision und der Auftrag der ETF müssten stärker fokussiert werden, denn die ETF sei weder auf dem Gebiet der frühkindlichen Erziehung oder der Hochschulbildung tätig, noch sei sie in der Lage, Unterstützung für die wirtschaftliche Erholung in Ländern wie der Türkei oder Kasachstan zu leisten, da diese bereits ein Wachstum verzeichneten. Was den Beitrag zum sozialen Zusammenhalt durch Bürgerbeteiligung anbelange, so finde sich dieser Aspekt im übrigen Text nicht wieder. Allerdings könne die ETF zeigen, wie die Regierungen der Partnerländer durch Beratung und Fürsprache im Bereich der beruflichen Bildung dabei unterstützt werden könnten, einen tragfähigen sozialen und territorialen Zusammenhalt zu entwickeln.

**Tarja RIIHIMÄKI** (Finnland) merkt an, dass sowohl die Mittelfristige Perspektive 2014-2017 als auch der Entwurf des Arbeitsprogramms für 2014 sehr ehrgeizig seien. Sie stellt in Frage, ob die Ziele angesichts der derzeitigen wirtschaftlichen Lage und der Diskussionen über die Finanzierung der EU realistisch seien.

**Madlen SERBAN** (ETF) vermittelt zusätzliche Informationen und stellt Sachverhalte klar. Ihrer Aussage nach bemüht sich die ETF in der Tat darum, ihre Tätigkeiten stärker auf die Wirkungen abzustellen. Bei der Programmplanung der ETF würden die Ergebnisse der politischen Analyse berücksichtigt, aus der sich die Schwerpunkte der Maßnahmen ergäben und bei der die Bereitschaft und Bereitwilligkeit der einzelnen Länder zur weiteren Entwicklung bewertet werde. Eigenverantwortung und Engagement seien wesentliche Elemente für den Erfolg der Maßnahmen.

Was den faktengestützten Ansatz anbelange, so habe die ETF festgestellt, dass in vielen ihrer Partnerländer nur sehr wenige und zuweilen auch nicht zuverlässige Daten zur Verfügung stünden. Einer der Schwerpunkte der ETF bestehe daher in der Tat darin, die Entwicklung der Fähigkeit zu unterstützen, Nachweise zu generieren, diese zu kommunizieren und sie für Politikgestaltung und politische Maßnahmen zu nutzen. Auf diesem Gebiet sei die ETF allerdings nicht alleine tätig, sondern im Zusammenwirken mit bestehenden Initiativen wie dem Mehrempfängerprogramm für die statistische Zusammenarbeit, den von der Weltbank erstellten Beschäftigungsdaten und dem Projekt SABER.

In der nächsten Runde des Turin-Prozesses 2014 werde eine Differenzierung der Partnerländer vorgenommen, da einige Länder Selbstbewertungen durchführen würden, während andere möglicherweise nicht über die erforderlichen Kapazitäten hierfür verfügten. Außerdem werde die ETF 2014 ihr Konzept um Aktivitäten zur Ex-Ante-Folgenabschätzung erweitern, womit eine angemessene Sicherheit erreicht werde, dass die gewählte Vorgehensweise gut dokumentiert sei.

Die ETF werde weiterhin als eine nicht-kommerzielle Institution handeln, die die politischen Maßnahmen der EU abhängig von der Region, in der sie tätig ist, fördere. In den Partnerländern bestehe weiterhin großes Interesse an den EU-Instrumenten, und die ETF bemühe sich darum sicherzustellen, dass diese Instrumente in einem qualitätsorientierten Umfeld zur Anwendung kämen.

Die ETF arbeite eng mit internationalen Organisationen zusammen, insbesondere unter dem Dach der agenturübergreifenden Arbeitsgruppe zur beruflichen Bildung unter der Federführung der UNESCO, der unter anderen die OECD, die Weltbank, die Asiatische Entwicklungsbank und die Europäische Kommission angehörten. Für die Ergebnisse dieser Zusammenarbeit gebe es zahlreiche Beispiele, darunter eine Liste der Indikatoren für die politische Analyse, den Wissensaustausch über methodische Konzepte usw.

Zur Unterstützung der Aktivitäten der ETF im Zusammenhang mit der Förderung von politischen Maßnahmen und Instrumenten der EU seien die ETF und das Cedefop übereingekommen,

gemeinsame Projekte, u. a. zu Qualifikationen und zur Berichterstattung für die Kandidatenländer im Rahmen des Kopenhagen-Brücke-Prozesse, zu erarbeiten.

Bei ihren Aktivitäten beziehe die ETF zumeist die Sozialpartner ein. Allerdings müsse bei den Sozialpartnern am Aufbau von Kapazitäten gearbeitet werden, damit diese besser verstünden, dass ihr Engagement für die Entwicklung des Humankapitals wichtig sei und damit sie sich als zuverlässige Partner an der politischen Analyse und der Politikgestaltung beteiligten könnten.

Die ETF arbeite auch mit dem privaten Sektor zusammen, beispielsweise bei Aktivitäten im Zusammenhang mit sektorspezifischen Kompetenzen sowie Governance auf der regionalen Ebene und auch auf Schulebene. Die Rolle des privaten Sektors bei der Entwicklung des Humankapitals werde auch Hauptthema bei dem Treffen mit den anderen im südlichen Mittelmeerraum tätigen Gebern sein, das die ETF am 21. und 22. Oktober ausrichte.

Die Differenzierung ihrer Vorgehensweise werde von der ETF wie empfohlen noch weiter geprüft. Allerdings müsse darauf hingewiesen werden, dass die Entwicklungen in der EU auch für die Länder außerhalb des Erweiterungsgebiets von Interesse seien, so hätten beispielsweise Georgien, die Ukraine und Aserbaidschan ein Benchmarking der Fortschritte im Bereich der beruflichen Bildung anhand der EU-Zielvorgaben beantragt.

Die Bürgerbeteiligung werde hauptsächlich durch die Einbindung der Sozialpartner und anderer zivilgesellschaftlicher Organisationen verwirklicht. Da es dringend geboten sei, auf die bestehenden Ungleichheiten innerhalb der Länder einzugehen, werde dabei großer Wert auf den territorialen Zusammenhalt gelegt. So sei die ETF beispielsweise in den arabischen Ländern sowohl in Regionen außerhalb der Küstengebiete und auch in den Küstengebieten tätig, um jeweils die Diversifizierung der wirtschaftlichen Entwicklung sicherzustellen, indem relevante Kompetenzen vermittelt werden. Gleichmaßen wichtig sei der territoriale Zusammenhalt für die Länder, in denen sich die gesamte wirtschaftliche und soziale Entwicklung aufgrund der Ausbreitung der Wüstengebiete auf weniger als 10 % des gesamten Gebiets konzentriere (wie z. B. in Ägypten). Folglich sollten die Strategien zur Kompetenzentwicklung und die Berufsbildungsreformen ein Modell zur Entwicklung der Länder unterstützen, das auf die vorgenannten Aspekte eingehe. Wichtig sei, dass alle Beteiligten eingebunden würden.

Zudem prüfe die ETF derzeit eine aktive Bürgerbeteiligung bei ihren Aktivitäten zur Verbesserung des sozialen Zusammenhalts, mit der der Gefahr begegnet werden solle, dass die Belange junger Menschen und Frauen bei der Politikgestaltung vernachlässigt würden. Die Teilhabe dieser Bevölkerungsgruppen werde von der ETF durch Initiativen wie „Young Mediterranean Leaders“ sichergestellt.

Die Mittelfristige Perspektive werde anhand der Vorschläge, Bemerkungen und Empfehlungen des Vorstands aktualisiert und anschließend, wie im Mandat vorgesehen, der Europäischen Kommission zur Stellungnahme vorgelegt. Die Arbeitsgruppe des Vorstands werde am 2. Oktober in Brüssel zusammentreten, um über eine stärker konsolidierte Fassung zu beraten. Mit den derzeit bereitgestellten personellen und finanziellen Ressourcen sei die ETF in der Lage, die vorgeschlagenen Ziele umzusetzen. Wenn weitere Kürzungen vorgenommen würden, müssten mit Zustimmung des Vorstands Anpassungen vorgenommen werden.

## 8. Entwurf des Arbeitsprogramms 2014

**Xavier MATHEU** und **Madlen SERBAN** (ETF) stellen den Entwurf des Arbeitsprogramms für 2014 vor. Im Anschluss an Vision, Auftrag und Handlungsgrundsätze werden die Ziele des Arbeitsprogramms 2014 mit den jeweiligen Indikatoren und Zielvorgaben dargelegt.



- Jahresziel 1.1: Stärkung der Kapazität der Partnerländer zur politischen Analyse auf dem Gebiet der Humankapitalentwicklung durch den Turin-Prozess
- Jahresziel 1.2: Aufbau der Kapazität der Partnerländer zur Politikgestaltung
- Jahresziel 2: Unterstützung von Programmplanung und Durchführung der Mehrjahres-Richtprogramme der EU für die Partnerländer auf dem Gebiet der Humankapitalentwicklung
- Jahresziel 3: Ausbau der Vernetzung und der Plattformen für politisches Lernen für die beteiligten Akteure
- Jahresziel 4: Aufbau einer effizienteren, ergebnisorientierten Organisation

Ihre Tätigkeit auf dem Gebiet der Humankapitalentwicklung erbringt die ETF in Form von Projekten, die nach der Projektzyklusmanagementmethodik der Europäischen Kommission angelegt sind, daher verwendet sie für alle ihre Projekte bereits logische Rahmen. Seit 2012 legt die ETF auch für den gesamten Vierjahreszeitraum (2010-2013) einen einzigen geschachtelten logischen Rahmen zugrunde, der dazu dient, die längerfristige Interventionslogik und die längerfristige Wirkung zu veranschaulichen. Ferner arbeitet die ETF nach dem Grundsatz des ergebnisorientierten Managements; sie hat über die beiden letzten Jahre hinweg ihre Tätigkeit erfolgreich in einer Übersicht („Dashboard“) erfasst, welche die Phasen der Planung, Überwachung und Berichterstattung des Projektzyklus abdeckt.

Für das Jahr 2014 geht die ETF davon aus, dass sie Finanzmittel in Höhe von insgesamt 20,144 Mio. EUR aus dem EU-Haushalt erhalten wird. Von diesem Zuschuss entfallen 76 % auf die Titel 1 und 2 (Ausgaben für Personal sowie für Gebäude, Material und sonstige Sachausgaben) und 24 % auf Titel 3 (Ausgaben im Zusammenhang mit der Durchführung besonderer Aufgaben). Hierin spiegelt sich das Profil der ETF als Zentrum für Fachwissen wider, dessen wichtigster Aktivposten das Fachwissen der Mitarbeiter ist.

Zielsetzung der Formulierung des Rahmens für das leistungsorientierte Management, von Audit und Risiken sowie der Kommunikationsziele sind: i) die Unterstützung des Austauschs von Wissen und des Aufbaus von Kapazitäten zur Humankapitalentwicklung in den Partnerländern der ETF; ii) die Intensivierung der wechselseitigen Kommunikation und der Diskussion über Fragen der Humankapitalentwicklung zwischen der EU und ihren Partnerländern; iii) die Erleichterung der Zusammenarbeit mit europäischen und nationalen Behörden, Entscheidungsträgern und Organisationen zum Austausch von Wissen, Fachkenntnissen und Unterstützung auf dem Gebiet der Humankapitalentwicklung und iv) die weitere Schärfung des Profils der ETF als Zentrum für Fachwissen durch die Bereitstellung verlässlicher Informationen und die Leistung eines aktiven Beitrags zur internationalen Diskussion über das Humankapital in den Übergangs- und Entwicklungsländern.

**Ann Mary REDMOND** (Irland) als Vertreterin des Ratsvorsitzes berichtet von der informellen Sitzung. Nach ihren Angaben begrüßten die Vorstandsmitglieder die Tatsache, dass im gegenwärtigen Stadium nicht so viele Detailfragen zu klären seien. Die Mitglieder würden bei der Arbeitsgruppensitzung am 2. Oktober in Brüssel Gelegenheit erhalten, sich zur konsolidierten Fassung des Textes zu äußern.

Der Vorsitzende signalisiert, dass viele der Bemerkungen und Empfehlungen, die zur Mittelfristigen Perspektive 2014-2017 vorgetragen wurden, auch auf den Entwurf des Arbeitsprogramms 2014 zuträfen.



## 9. Fahrplan der Europäischen Kommission zur Umsetzung des Gemeinsamen Konzepts für die dezentralen Agenturen der EU

**Jan TRUSZCZYŃSKI** (GD EAC) unterrichtet die Mitglieder des Vorstands davon, dass von den dezentralen Einrichtungen der EU mehr Effizienz und vermehrte Rechenschaftspflicht sowie eine bessere Organisationsführung (Governance) verlangt werde. Der Fahrplan umfasse 90 Punkte, die Schlüsselbegriffe seien Effizienz und Effektivität.

Im Einzelnen geht Herr TRUSZCZYŃSKI auf die folgenden Punkte ein:

- Unter anderem werde vorgeschlagen, dass der Vorstand für die Einstellung des gesamten Personals und nicht nur des Direktors verantwortlich sein solle, allerdings werde diese Maßnahme von den Agenturen nicht gebilligt, daher dauerten die Beratungen an.
- In zahlreichen dezentralen Einrichtungen oder Agenturen gebe es eine zweigliedrige Organisationsführung mit nur einer kleinen Exekutive. Bei der ETF handle es sich funktional gesehen um eine Troika. Der Vorstand müsse prüfen, i) ob die derzeitige Konstellation beibehalten werden solle, ii) ob der Troika mehr Zuständigkeiten übertragen werden sollten oder iii) ob ein Exekutivorgan eingesetzt werden solle.
- Hinsichtlich der Forderungen nach Rationalisierung und gemeinsamer Ressourcennutzung prüfe die Kommission auf Ersuchen des Europäischen Parlaments die Möglichkeiten zur Nutzung von Synergieeffekten und einer funktionalen Integration von ETF, Cedefop, Eurofound und EU-OSHA. Die Kommission, die hierbei von der ETF und dem Cedefop unterstützt werde, prüfe mögliche Synergien zwischen beiden Agenturen, und im Rahmen der externen Evaluierung des Cedefop werde eine vergleichende Bewertung vorgenommen.

**Ann Mary REDMOND** (Irland) erklärt, dass im Falle der ETF durch die Neufassung der Gründungsverordnung von 2008 viele der in dem Fahrplan angesprochenen Punkte bereits geklärt seien. In der nächsten Vorstandssitzung würden die Mitglieder des Vorstands ihre Beratungen über Synergien zwischen der ETF und dem Cedefop sowie zum Thema Ressourcen fortführen.

**Micheline SCHEYS** (Belgien) erkundigt sich nach dem Zeitplan für die Zusammenlegung der Agenturen. Der Vorsitzende erklärt, dass der Begriff „Zusammenlegung“ von der Kommission nicht verwendet werde und auch im Abschlussbericht zur Haushaltsentlastung nicht vorkomme. Im Entlastungsbericht werde die Kommission zusammen mit der Stiftung, dem Europäischen Zentrum für die Förderung der Berufsbildung, der Europäischen Stiftung zur Verbesserung der Lebens- und Arbeitsbedingungen und der Europäischen Agentur für Sicherheit und Gesundheitsschutz am Arbeitsplatz aufgefordert, weiter nach möglichen Synergieeffekten zwischen den genannten Agenturen zu suchen und der Entlastungsbehörde über eine mögliche tiefer greifende Integration der vier Agenturen zu berichten. Außerdem würden die Agenturen und die Kommission gebeten, eine Einschätzung zu der Frage abzugeben, ob sich aus einer engeren Zusammenarbeit Größenvorteile und eine Optimierung der Leistung der Agenturen ergeben könnten. Die von der Kommission als Reaktion auf diesen Bericht vorgenommene Analyse könnte bis Jahresende oder Anfang des nächsten Jahres vorliegen. Vorrangig prüfe die Kommission die Integration verschiedener Funktionen oder eine Zusammenfassung zu Clustern, die sich an der geografischen Nähe orientiere, was allerdings bei den vier genannten Agenturen wegen ihrer unterschiedlichen Standorte nicht gegeben sei.

## 10. Bericht über die Fortschritte bei der Umsetzung des Aktionsplans nach der externen Evaluierung der ETF

**Xavier MATHEU** (ETF) stellt die Fortschritte bei der Umsetzung des Aktionsplans nach der externen Evaluierung der ETF vor.

Lediglich zwei Maßnahmen, für die mehr Zeit benötigt werde, seien noch nicht abgeschlossen; sie beträfen die Arbeit mit den Akteuren in den Partnerländern der ETF zur Kapazitätsverbesserung und zur Erhöhung der Eigenverantwortung der Partnerländer für den Politikprozess. Derzeit vervollständige die ETF den Entwurf für das Papier über den Kapazitätsaufbau um einen Leitfaden für politische Netzwerke zur Unterstützung des Kapazitätsaufbaus auf regionaler und länderübergreifender Ebene.

**Micheline SCHEYS** (Belgien) merkt an, dass in der Empfehlung 2 auf NRO Bezug genommen werde; dies werde in den Maßnahmen der ETF nicht berücksichtigt. Allerdings seien im Turin-Prozess in den verschiedenen Arbeitsgruppen NRO vertreten, die sich aktiv beteiligten. Insbesondere aufgrund des Entwicklungsstands der zivilgesellschaftlichen Organisationen könne es durchaus sein, dass die Sachlage nicht in allen Ländern gleich sei, doch beabsichtige die ETF, in den Aktivitäten in den Partnerländern zunehmend auch NRO einzubinden.

## 11. Verschiedenes

**Madlen SERBAN** (ETF) stellt die „Zusammenarbeit der ETF mit Interessenträgern: Allgemeiner Ansatz der ETF und Aktionen 2013“ vor.

Gemäß ihrer Gründungsverordnung arbeitet die ETF mit europäischen Akteuren wie der Europäischen Kommission, dem Rat und dem Europäischen Parlament zusammen, und zwar sowohl mit den Akteuren, die die Governance der ETF sicherstellen, als auch mit anderen Einrichtungen der EU. Gleichzeitig fördert die ETF die Vernetzung und den Austausch von Erfahrungen und bewährten Praktiken zwischen den EU-Mitgliedstaaten und den Partnerländern sowie unter den Partnerländern zu Fragen der Humankapitalentwicklung. Die Vertreter der Sozialpartner auf europäischer Ebene, die sich bereits aktiv in die Arbeit der EU-Organe und -Einrichtungen einbringen, und der internationalen Organisationen, die auf dem Gebiet der Berufsbildung tätig sind, werden eingeladen, sich, soweit dies zweckdienlich ist, an der Arbeit der ETF zu beteiligen. Die ETF wird gegebenenfalls Kooperationsvereinbarungen mit anderen relevanten Stellen abschließen, die in der EU oder weltweit auf dem Gebiet der Humankapitalentwicklung tätig sind.

Die ETF koordiniert ihre Tätigkeit mit der Vielzahl der Akteure der Entwicklungszusammenarbeit, die in den Partnerländern tätig sind, mit Blick darauf, einen Beitrag zur wirksamen Entwicklung des Humankapitals zu leisten. Die ETF schafft die Voraussetzungen für die Unterstützung der politischen Maßnahmen zur Humankapitalentwicklung in den Partnerländern einerseits und für eine wirkungsvolle Entwicklung der Hilfen, auf der die EU-Organe und -Einrichtungen und die Mitgliedstaaten, einschließlich nationaler Behörden und anderer Geber, später aufbauen können, nach den Grundsätzen, die in der Busan-Partnerschaft für eine wirksame Entwicklungszusammenarbeit (Busan Partnership for Effective Development Cooperation) festgelegt wurden.

Die ETF hat zwei Gruppen von Akteuren bestimmt: zum einen die primären Akteure, hierzu zählen die EU-Organe und -Einrichtungen, die Institutionen der EU-Mitgliedstaaten und die Partnerländer der ETF, und zum anderen die sekundären Akteure, wie internationale Organisationen, internationale Entwicklungsbanken, Netzwerke, NRO usw. Die Akteure in den Partnerländern wurden allerdings nicht in den Aktionsrahmen einbezogen. Auf die Zusammenarbeit mit den Akteuren wird in den länderspezifischen Umsetzungsplänen und in den Projekten auf regionaler Ebene und Länderebene eingegangen.

**Maurice MEZEL** (Frankreich) schlägt vor, die Formulierung „Vertreter der EU-Mitgliedstaaten im Vorstand“ zu ersetzen durch „Institutionen der EU-Mitgliedstaaten“.

**Reinhard NÖBAUER** (Österreich) erkundigt sich nach einer elektronischen Version des Dokuments. Es wird mitgeteilt, dass die elektronische Version des Dokuments im Bereich für den Vorstand der ETF-Website verfügbar sei.

## 12. Datum der nächsten Sitzung

Die nächste Sitzung des Vorstands findet am 21. und 22. November 2013 in Turin statt. Als Termin für die erste Sitzung im Jahr 2014 wird der 9. und 10. Juni vorgeschlagen.

### Folgemaßnahmen:

- Aktualisierung und Überarbeitung des Entwurfs der Mittelfristigen Perspektive der ETF anhand der vorgetragenen Bemerkungen und Empfehlungen.
- Aktualisierung und Überarbeitung des Entwurfs des Arbeitsprogramms für 2014 anhand der vorgetragenen Bemerkungen und Empfehlungen.
- Fortsetzung der Diskussion über die Umsetzung des Fahrplans der Europäischen Kommission zur Umsetzung des gemeinsamen Konzepts für die dezentralen Agenturen der EU.
- Einarbeitung der Änderungen hinsichtlich der Bezeichnung für die Interessenträger aus den EU-Mitgliedstaaten in den Aktionsrahmen für die Zusammenarbeit mit Interessenträgern.

## ANNEX

### 4. Oral reports

Progress on Commission policies and programmes that have an impact on ETF

**Jan TRUSZCZYŃSKI** (DG EAC) presented the latest European Commission policies and programmes. He indicated that the country specific recommendations issued by the EC were well received by the member states and are considered as useful advice for the further development of national policy reforms and as a useful support for the education and training programmes financed under the ESF.

The Irish Presidency successfully managed to move the issue of the open method of cooperation forward by ensuring an agreement on streamlining to six thematic groups and giving more responsibility for guidance, monitoring and output control to directors general for higher education, VET or schools.

Since the **Rethinking education** report was adopted in November 2012 it has been used as a reference for reflection to support investments in skills for better socio-economic outcomes. It focuses on the basic and transversal skills for the 21st century, with a special focus on science, technology, engineering and mathematics (STEM) and entrepreneurship and vocational skills with a focus on work-based learning and excellence. It also promotes open and flexible learning through learning outcomes, transparency and recognition of qualifications (EQF, ECVET), the use of ICT and open education resources (OER) and support for teachers. Implementation will require a collaborative effort and includes maintaining investment in education and training, ensuring efficient funding, cost-sharing in higher education and initial and continuing VET and promoting partnerships.

The EC is working to finalise and publish policy guidance on **entrepreneurship education** by November 2013. It is a guidance framework for entrepreneurial education institutions and aims to support the development of tools to monitor progress and the acquisition of entrepreneurial competences.

By September 2013, the EC will propose a new communication on **Opening up the Education Initiative** based on a three pillars: i) modernising teaching and learning with use of ICT, ii) creating digital content, including OER and iii) improving the ICT infrastructure in education and training. It aims to investigate how education systems can stay on top and to adapt to the new opportunities and challenges offered by constantly developing ICT tools.

The paper on **recognition and validation of informal and non-formal learning**, which was adopted last year requires new approaches to validate learning experiences (i.e. identify, document, assess and/or certify), to make them usable in further studies or moving on in the labour market. The EC proposal aims to increase job opportunities in particular for young unemployed people and those with few formal qualifications such as older and low-skilled workers. It also seeks to increase access to higher education, especially for mature students.

On the topic of the **internationalisation of VET and higher education**, the EC is promoting cooperation with candidate and potential candidate countries through the Western Balkan Platform on education and training (WBPET). This cooperation is mainly in higher education. Policy dialogue is also being promoted with Eastern European and Southern and Eastern Mediterranean countries. The programmes are financed from the EU neighbourhood policy budget. In Russia, the new minister of education is interested in the EU education developments so there may be developments on policy exchanges in the future. With China and India, the EC is developing tuning projects for aligning and making better use of higher education curricula.

There have been several recent developments in the **Erasmus for All** programme. Towards the end of June the last session of the triologue between the Council, the European Parliament and the EC will be held to discuss issues such as the Erasmus Master Mobility Loan Guarantee, the name of the programme, budget etc. Meanwhile, DG EAC is continuing the preparatory work, organising consultations with national agencies, supervisory bodies and high level groups. If all goes well in July the programme budget will be agreed, and in September the European Parliament will vote on it.

**Dana BACHMANN** (DG EAC) presented the latest developments in the area of VET and adult learning.

- **Rethinking Education Communication and the Staff Working Document on VET** contain strong policy messages regarding work based learning, VET excellence and CVT. The Member States have identified the first priority as excellence in VET. The key actions proposed are: i) developing high-quality dual VET systems according to national circumstances; ii) aligning VET policies with regional/local economic development strategies namely for smart specialisation; iii) enabling permeability with other educational offers, developing short-cycle (2-year) tertiary qualifications focused on areas of skills shortages especially where there is growth potential e.g. ICT, healthcare and green skills, and iv) strengthening local, national and international partnerships and networks between companies, especially SMEs and VET providers.

Vocational training and its target outcomes have an important role in this Communication. One of the Staff Working Documents that accompanies it is dedicated to VET. It discusses how to get the best out of vocational training systems, and concentrates on excellence as well as on financing continuing VET. The Staff Working Document on VET for better skills, growth and jobs focuses on three thematic areas: work-based learning, VET excellence and CVT financing. It also contains a chapter which describes the current reform situation of VET in Europe. It is based on Cedefop's monitoring of progress made by the Member States since the adoption of the Bruges Communiqué in December 2010.

- The EC has also made progress in relation to apprenticeships and will be ready to launch the new European Alliance for Apprenticeships (EAfA) shortly. The EAfA will bring together the efforts of EU Member States, social partners, business, other relevant actors and the EC to develop high-quality apprenticeship-type training and excellence in work-based learning in VET. The Alliance is not a new governance structure but a "commitment" gathering all relevant initiatives, promoting mutual learning and information sharing. The Alliance aims to improve the quality and supply of apprenticeships across the EU and change mind-sets towards apprenticeship-type training. The Commission has prepared a Non-paper: A Roadmap towards the EAfA, in which the Alliance concept and future activities are described. The paper was presented at the last DGVT meeting in Dublin;

The European Alliance for Apprentices will work on three themes: i) a federation of efforts for targeted knowledge transfer in order to improve apprenticeship-type systems across Europe; ii) a spotlight on the benefits of high quality apprenticeships: changing mind-sets and raising awareness; and iii) a smart use of EU programme resources, in particular the European Social Fund (and the Youth Employment) and Lifelong Learning Programme / Erasmus for All.

- On 17 April the Permanent Representatives Committee (Coreper) agreed to a recommendation establishing **"youth guarantee" schemes**. The recommendation will be formally adopted by the Council at a later stage. Although not a legally binding act, it reflects a strong political commitment by the member states. It aims to ensure that all young people under the age of 25 who lose their job or do not find work after leaving education will quickly receive a good-quality offer of employment, continued education, an apprenticeship or a traineeship. They should receive it within four months of becoming unemployed or leaving formal education. The "youth guarantee" is intended to smooth the transition from school to work, support labour market integration and make sure that no young person is left out. This measure comes in response to the worsening youth employment situation across Europe, with an increasing number of young people who are not in employment, education or training. The investment required for such guarantee schemes should be set against the high social and economic costs which wide-spread youth unemployment would entail in the longer term.

The recommendation sets out guidelines for the implementation of youth guarantee schemes, focusing on a number of key strands of action, in particular: diversity and other overarching issues; targeted support and partnerships between public and private employment services, employers, social partners and youth representatives; use of available EU funds to support the schemes. Member States are called upon to implement the schemes as soon as possible, preferably from 2014. In Member States with the most severe budgetary difficulties and higher rates of youth unemployment, gradual implementation will be considered. The financial resources available under existing EU funds, such as the European Social Fund and other cohesion policy funding instruments, will be reinforced by a new youth employment initiative decided by the European Council at its meeting on 7-8 February. This new initiative will make €6 billion available for 2014-20 to help regions with youth unemployment rates above 25% to implement measures that favour youth employment, such as the youth guarantee.



Half of the amount will come from the European Social Fund and the other half from a dedicated youth employment budget line.

- The **Renewed European Agenda for Adult Learning** defines the focus for European cooperation in adult learning policies for 2012-20. It identifies five priorities for adult learning in Europe: i) Making lifelong learning and mobility a reality; ii) Improving the quality and efficiency of education and training; iii) Promoting equity, social cohesion and active citizenship through adult learning; iv) Enhancing the creativity and innovation of adults and their learning environments; v) Improving the knowledge base on adult learning and monitoring the adult learning sector. The renewed European Agenda builds on the 2006 Communication on Adult Learning, the subsequent Action Plan on Adult Learning 2008-10, the Strategic Framework for European Cooperation in Education and Training, and ET2020 from an adult learning perspective. It should be seen in the context of the Europe 2020 strategy and the targets for reducing the numbers of early school leavers and increasing tertiary education graduates.
- By the end of May 2013, 19 Member States and one candidate country (Croatia) had presented their national report on **referencing their national qualifications levels** to the EQF. Seven countries intend to complete their referencing process by the end of this year, five in 2014. Six countries have started indicating the relevant EQF level in their new certificates, diplomas, Europass supplements (the diploma or the certificate supplements) and/or national qualifications databases. The evaluation of the EQF is on-going. The Commission report to the European Parliament and the Council on the implementation of the EQF is likely to be adopted in summer 2013. The report is based on several inputs and various technical studies carried out by the EC, Cedefop and the ETF. The external study commissioned by the EC and carried out in 2012-13 will be published in summer 2013.
- The recommendation on the **EQAVET external evaluation** invites the EC to ensure a follow-up by presenting a report every four years to the European Parliament and the Council on the experience gained and implications for the future, including, if necessary, a review of the recommendation conducted in cooperation with the Member States and involving the various stakeholders. The main findings of the report include the following: i) EQAVET framework is still politically relevant – even more so since the Bruges Communiqué; ii) the choice of the Recommendation as the legal basis was a good one; iii) EQAVET is consistent and complementary to the other tools (ECVET, EQF) but does not cover certain aspects dealt with by ECVET and EQF (e.g. qualification design, certification process); iv) the material developed at European level is user-friendly and useful but difficult to disseminate at national level due to the language issue; v) projects have a real impact when they are targeted at the authorities dealing with the implementation of the national approach for quality assurance in VET; vi) stakeholder involvement varies from country to country. The lowest involvement is from students, the higher education sector as well as companies/industries, in fact those who would have a major interest in transparency. The report recommends continuing cooperation at European level, strengthening qualification design, assessment and award, translating the material developed, increasing cooperation with higher education, etc.
- The **Bruges Communiqué** foresees that a new list of short-term deliverables will be drawn up in 2014 based on its strategies objectives. The full report on the implementation of the short-term deliverables will be produced by Cedefop in June 2014. The 2014 review will focus on the definition of new short-term deliverables only, but the basis remains the strategic objectives defined in the Bruges Communiqué and the progress Member States have made in the period 2011-14, considered in the context of the economic crisis with high youth unemployment. The Council Conclusions and the Communiqué (involving the non-EU countries participating in the Copenhagen process, European Social Partners and the Commission) are likely to be put forward for re-adoption probably in early 2015. The EC will build on the recent policy documents and initiatives (for instance those mentioned above), country specific recommendations issued to the Member States, as well as thematic objectives defined within the new Structural Funds. The results of the thematic working groups and work related to the implementation of the EU tools (EQF, Europass, ECVET, and EQAVET) will also be used. DGVT will be used for orientation debates and brainstorming around the main areas for the new short-term deliverables. This will start under the Greek Presidency.

**Reinhard NÖBAUER**(Austria) expressed his appreciation for the EC papers on the Alliance for Apprenticeship and Youth Guarantee and asked if the details on the financial disbursement had been



agreed. The EC representatives explained that the issue is still under discussion. The initial EC proposal was for €6 billion to top-up current ESF funds, targeted at people under 25 years old and regions with high levels of youth unemployment.

In response to a question from **Torben Kornbech RAMUSSEN** (Denmark), the chair explained that the policy document to be launched in July is about European Higher Education in the World, which details how universities and national authorities have initiated or developed strategies on higher education in relation to cooperation with universities from all over the world.

**Gerhard SCHUMANN-HITZLER** (DG ELARG) presented the latest developments in the area of enlargement.

There are positive and negative developments in the region. The positive ones are related to the accession of Croatia to EU from 1 July, which demonstrates that the enlargement process is progressing. Negotiations with Montenegro are advancing well. However, unfortunately the same cannot be said for Turkey, given recent events and the government's reaction. The situation with Iceland is also less positive following the recent election of a government opposed to EU accession, which has put negotiations on hold for now.

In April, the EC published the Spring Reports which list the positive developments in Serbia, Kosovo<sup>1</sup>, and the former Yugoslav Republic of Macedonia. The relationship between Serbia and Kosovo has improved. Serbia does not recognise Kosovo as an independent State but they are working on establishing a practical co-existence of the two entities. By the end of June, the European Council may decide to start accession negotiations with Serbia. For the former Yugoslav Republic of Macedonia, the issue of the name of the country is still pending, there has been a recent internal political crisis and tensions with Bulgaria. In Albania, the situation is characterised by a polarisation of the political parties and political stalemate. Bosnia and Herzegovina needs to focus on changing its constitution since the political leaders are unable to agree on the implementation rules related to minority rights.

At regional level, there are several areas that can be addressed by strengthening **regional cooperation** in the context of a more active role of the Regional Cooperation Council (RCC). The ETF and RCC cooperate closely and this will be further strengthened in the near future.

The discussions between the Parliament and the Council on **the new Instrument for Pre-Accession Assistance** (IPA II) are on-going. The European Parliament asks for a say in the use of the financial allocations for all external action instruments. The discussions will continue under the Lithuanian Presidency.

The new IPA II instrument will be more strategic, more coherent, and have a long-term approach. Country Strategy Papers – which will outline the priorities for assistance in all policy areas – are under preparation.

**Ünal AKYÜZ** (observer from Turkey) expressed his disagreement on the statements made regarding the political situation in Turkey. **Gerhard SCHUMANN-HITZLER** (DG ELARG) explained that the developments in Turkey had a negative impact not only on the discussions with the EU but also on the economy since they might deter foreign investment and reduce the inflow of capital. The EU cannot tell Turkey how to handle the situation, but it does expect Turkey to respect the fundamental rights of the citizens and to subscribe to EU principles.

**Nicholas TAYLOR** (DG DEVCO) presented the latest developments in the area of development policy. The context is set by the post-Millennium Development Goals discussion on new goals for sustainable development and the EC Communication on Decent Life for All.

DG DEVCO is also working on preparing new programmes under the new financial instrument, one of which will be a thematic programme for global public goods. Geographic programming for the Development Cooperation Instrument and the European Development Funds is also being carried out.

---

<sup>1</sup> This designation is without prejudice to positions on status, and is in line with UNSCR 1244 and the ICJ Opinion on the Kosovo Declaration of Independence.

In the area of VET and its associated themes, major developments will address the Southern and Eastern Mediterranean, with a programme financed under ENPI. African countries, especially Sub-Saharan ones, are also targeted since they are facing severe youth unemployment due to a lack of new jobs for the young urban generation.

The quality of VET is a major issue in the context of contributing to growth and better lives, focusing primarily on better opportunities for young people from the Southern Mediterranean countries. Innovation and anticipation of skills needs will be another area of work.

DG DEVCO considers the ETF-led Torino Process as being in line with the G20 agenda, where a holistic approach to education and training, the link between training, entrepreneurial skills and local communities, and the use of evidence and foresight methodologies are key areas of cooperation.

DG DEVCO thanked the ETF for its support in organising a mission to Morocco for gathering information on ENPI opportunities.

Trends and developments at the ETF

**Madlen SERBAN** presented the latest developments at the ETF. Detailed information can be found in the Spotlights publication distributed to Governing Board members.

Among the main recent activities, the second round of the Torino Process was concluded. The Torino Process is a participatory process leading to an evidence-based analysis of VET policies in a given country, in which the country actors develop common understanding of VET vision, priorities and strategy. The analysis is the basis for home-grown VET policies and an instrument to monitor progress. At the same time, it offers opportunities for policy learning within/among partner countries, and with EU countries. The outcomes inform EU external assistance and ETF projects and countries are empowered to coordinate donor contributions.

The four principles that govern the process are:

- Ownership of both process and results by partner country stakeholders;
- Broad participation in the process as a basis for reflections and consensus building/policy learning;
- Holistic approach, using a broad concept of VET for both young people and adults and adhering to a system approach, including links to economic and social demands;
- Evidence or knowledge-based assessment

The analytical framework includes a policy vision, VET in relation to economic competitiveness, VET in relation to social demand and social inclusion, internal quality and efficiency and governance and financing.

Key facts about the current Torino Process exercise are:

- 25 partner countries took part. Iceland and Syria were ineligible, Algeria and Turkmenistan opted out, Egypt and Libya rescheduled to 2013-14;
- 15 partner country-led assessments compared with 7 in 2010-11;
- Former Yugoslav Republic of Macedonia, Montenegro, Serbia were in both Bruges and the Torino Process;
- Four regional reports were prepared, a cross country analysis and a key indicators publication;
- The results were discussed at regional level in four regional meetings organised in Jordan, Brussels, Astana, Torino;

On 8-9 May, the ETF organised, the conference on *Moving Skills Forward*, under the framework of the Irish Presidency. The final declaration sets out the main priorities for the countries:

- A shared, long-term vision for better jobs for young people and adults;

- Innovation and forward-looking policy making for employability, entrepreneurship and successful transition from education and training to work;
- The closer integration of learning and work;
- Social inclusion as a key transversal principal in VET policy and practice;
- More attractive initial and continuing VET through frameworks for quality enhancement, national qualification systems and pathways for progression and participation that lead to employment;
- Higher quality teachers and trainers;
- Effectively shared responsibilities in the governance of education and training policies;

The participants also identified the areas for joint actions, as follows:

- Prioritise areas and prepare implementation plans based on analysis, scenarios and foresight;
- Monitor progress on the basis of indicators, including EU benchmarks;
- Identify and disseminate good practice in policy making according to national contexts;
- Broaden participation in policy analysis and policy making to all relevant stakeholders, including youth, making use of social media for increased transparency and participation;
- Develop methodological tools in priority policy areas;
- Ensure VET is labour market-oriented, serves entrepreneurial communities involving business;
- Launch the 2014 Torino Process.

The Irish Presidency and the upcoming Lithuanian Presidency

### Irish Presidency

**Ann REDMOND** (Ireland) presented the achievements of the Irish Presidency. The overall theme of the Presidency was Quality and Equity. The Presidency managed to get the Youth Guarantee approved - a €4 million preparatory action to help EU countries get young people into employment, further education or (re)training within four months of leaving school. The new programme Erasmus + has been negotiated but the approval process will happen under the Lithuanian Presidency. Recognition of professional qualifications progressed well and is in its first reading, but less progress is reported on the debates on the social and globalisation funds. The Council Conclusions of May approached the issue of how to ensure better quality education by supporting the teaching profession. The ETF Torino Process Conference "Moving Skills Forward", 8-9 May, was organised under the framework of the Presidency.

### Lithuanian Presidency

**Saulius ZYBARTAS** (Lithuania) presented the main priorities in the area of education and training in the upcoming Lithuanian Presidency:

- Enhancement of energy security;
- Effective implementation of the EU Strategy for the Baltic Sea Region and enhanced regional cooperation;
- Bringing the countries of Eastern Europe closer to the EU by implementing reforms and concluding planned agreements; and
- Effective protection of the EU's external borders.

In the area of education and training, the Lithuanian Presidency will focus on quality and efficiency: i) to adopt the Council Conclusions on Leadership in Education; ii) Efficiency in financing higher education; iii) Globalisation of higher education; iv) Inclusive VET: tackling early school leaving and access to CVT.

The calendar of the events is as follows:

- High Level Group meeting: 6-7 June 2013;
- Education Committee: 15-16 July 2013;
- Meeting of the DG higher education : 23-24 September 2013;
- Meeting of the DG VET: 11-12 November 2013;
- Meeting of the DG General Education: 2-3 December 2013;
- Meeting of the ELGPN: 12-13 December 2013;
- Conference on Higher Education: 5-6 September 2013;
- Conference on General Education: 9-10 September 2013;
- Comenius conference (together with the CION): 11-12 October 2013;
- Conference on VET: 12-13 November 2013;
- European Adult Learning Conference (together with the CION): 9-10 December 2013

During the DG VET meeting, the objectives are to better understand and share successful VET policy strategies for inclusive VET, reaching the Bruges Communiqué short term deliverables and addressing country specific recommendations. Part of the meeting may be dedicated to the Programme for the International Assessment of Adult Competencies (PIAAC) as well as the OECD Skills Outlook.

The Conference on the contribution of VET to making education systems more inclusive will tackle the progress and challenges of member state VET policies referring to the Conclusions of the Council of the EU on the social dimension of education and training (2010) and the Spanish EU presidency conference on “Inclusive Education: a way to promote social cohesion” (2010). Presenting the findings of projects for inclusive IVET and CVT and sharing good practice from member states and countries outside the EU will be among the objectives.

A peer-review exercise on work-based learning and apprenticeship will be organised to share practice and lessons learnt in implementation, particularly in terms of what works and specific country cases.